

Gelet op het besluit van de Executieve van de Franse Gemeenschap d.d. 14 september 1989 tot vaststelling van de wijze waarop de examens worden afgenoem, van de organisatie en de werking van de examencommissie van de Franse Gemeenschap voor het secundair onderwijs (tweede afdeling : hoger secundair algemeen onderwijs) zoals gewijzigd;

Gelet op het besluit van de regering van de Franse Gemeenschap d.d. 20 februari 1995 betreffende de toekenning van het bekwaamheidsdiploma voor toegang tot het hoger onderwijs;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inz. op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten d.d. 9 augustus 1980, 16 juni en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzaak, de inrichting en de werking van de Examenscommissie van de Franse Gemeenschap vanaf de eerste zittijd 1996 aan te passen;

Op de voordracht van de Minister van Onderwijs;

Gelet op de beraadslaging d.d. 13 februari 1996 van de Regering van de Franse Gemeenschap,

Besluit :

Artikel 1. Artikel 16, § 1, a), van voormeld besluit van de Executieve van de Franse Gemeenschap d.d. 14 september 1989 wordt aangevuld als volgt :

« Als de kandidaat, een schoolleerplan voorlegt waarin de wetenschappelijke opvoeding voorkomt, met hij mondeling examen hierover afleggen, ter vervanging van de ondervraging over natuur- en scheikunde en biologie ».

Art. 2. Artikel 33, § 6, van hetzelfde besluit wordt aangevuld als volgt :

« Mocht die termijn verstrekken zijn, dan kan de Minister, bevoegd voor het secundair onderwijs, op niet redenen omklede aanvraag van de kandidaat, een uitsonderlijke afwijking van de tijdsgrond toestaan. Hij deelt de betrokkenen mee over welke nieuwe termijn deze beschikt en welke voorwaarden voor die afwijking gelden ».

Art. 3. In artikel 33, § 7, van hetzelfde besluit vervallen de woorden « en die 50 % van de punten, toegekend op het geheel van de vakken, bekomen heeft ».

Art. 4. Dit besluit treedt in werking op 15 februari 1996.

Art. 5. De Minister van Onderwijs is belast met de uitvoering van dit besluit.

Brussel, 13 februari 1996.

Vanwege de Regering van de Franse Gemeenschap :

De Minister-Voorzitster,

L. ONKELINX

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 96 — 935

[S — C — 33026]

16. OKTOBER 1995 — Dekret zur Abänderung des Dekretes vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Artikel 1 - Im Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein Artikel *Ibis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Artikel *Ibis*. § 1. Die Verpflichtungen, die das Zentrum zu erfüllen hat, um seinen Auftrag auszuüben, werden in einem Geschäftsführungsvertrag festgehalten, den das Zentrum mit der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft aushandelt und abschließt.

Dieser Vertrag beinhaltet ebenfalls Angaben über die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Zentrum zur Verfügung gestellten Mittel.

§ 2. Der Geschäftsführungsvertrag wird vom Verwaltungsrat einstimmig gutgeheißen. Wenn bei einer ersten Abstimmung keine Einstimmigkeit zustande kommt, wird der Beschuß auf einer darauf folgenden Sitzung, die wenigstens dreißig Tage nach der ersten Abstimmung stattfindet, mit Stimmenmehrheit gefasst.

§ 3. Der Geschäftsführungsvertrag wird durch Regierungserlaß verabschiedet und tritt an einem darin festgelegten Datum in Kraft.

§ 4. Der Geschäftsführungsvertrag wird für den Zeitraum einer Legislaturperiode abgeschlossen. Die Ausführung des Vertrages wird jährlich begutachtet und gegebenenfalls den Erfordernissen entsprechend angepaßt. Für die jährliche Begutachtung gelten Kriterien, die im Vertrag festgehalten werden. Für eine Anpassung gelten die Bestimmungen der §§ 2 und 3 dieses Artikels.

Art. 2 - Artikel 3 des Dekretes vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

“Artikel 3. § 1. Das Zentrum darf Werbung ausstrahlen.

§ 2. Die Werbung muß als solche erkennbar sein und sich aufgrund optischer und/oder akustischer Mittel deutlich von den übrigen Programmteilen unterscheiden.

Schleichwerbung sowie der Gebrauch subliminaler Werbetechniken sind verboten.

(1) Sitzungsperiode 1995-1996.

Dokumente des Rates. -- Dekretvorschlag: 22 (1995) Nr. 1. — Abänderungsvorschläge: 22 (1995-1996) Nr. 2-7. — Bericht: 22 (1995-1996) Nr. 8.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 16. Oktober 1995.

§ 3. Die Werbung muß zwischen den Sendungen eingefügt werden. Unter den in dem vorliegenden Paragraphen genannten Voraussetzungen kann die Werbung auch in die laufenden Sendungen eingefügt werden, sofern nicht gegen die Rechte von Rechteinhabern verstößen wird und sofern sie den Zusammenhang und den Wert der Sendungen nicht beeinträchtigt. Dabei sind die natürlichen Programmunterbrechungen und die Länge und Art des Programms zu berücksichtigen.

Bei Sendungen, die aus eigenständigen Teilen bestehen, oder bei Sportsendungen und Sendungen über ähnlich strukturierte Ereignisse und Darbietungen mit Pausen kann die Werbung nur zwischen die eigenständigen Teile oder in die Pausen eingefügt werden.

Die Übertragung audiovisueller Werke wie Kinospieldofilme und Fernsehfilme kann für jeden vollen Zeitraum von 45 Minuten einmal unterbrochen werden, sofern ihre programmierte Sendezeit mehr als 45 Minuten beträgt. Eine weitere Unterbrechung ist zulässig, wenn die programmierte Sendedauer um mindestens 20 Minuten über zwei oder mehrere volle 45-Minuten-Zeiträume hinausgeht.

Werden andere als die unter Absatz 2 fallenden Sendungen durch Werbung unterbrochen, so muß zwischen zwei aufeinanderfolgenden Unterbrechungen innerhalb der Sendung ein Abstand von mindestens 20 Minuten liegen.

Nachrichten, Magazine über das aktuelle Zeitgeschehen, Dokumentarfilme, Sendungen religiösen Inhalts und Kinderprogramme sowie die Übertragung von Gottesdiensten dürfen nicht durch Werbung unterbrochen werden.

§ 4. Die Werbung darf nicht die Menschenwürde verletzen.

Sie darf keine Diskriminierungen nach Rasse, Geschlecht oder Nationalität enthalten.

Sie darf weder religiöse noch politische Überzeugungen verletzen.

Sie darf keine Verhaltensweisen fördern, die die Gesundheit und die Sicherheit gefährden.

Sie darf keine Verhaltensweisen fördern, die den Schutz der Umwelt gefährden.

§ 5. Jede Form der Werbung für Zigaretten und andere Tabakerzeugnisse sowie für Arzneimittel, die nur auf ärztliche Verordnung erhältlich sind, ist untersagt.

§ 6. Werbung für alkoholische Getränke unterliegt folgenden Kriterien:

1. sie darf sich nicht speziell an Minderjährige richten oder Minderjährige beim Alkoholgenuss darstellen;
2. es darf keinerlei Verbindung zwischen dem Alkoholgenuss und einer Verbesserung der physischen Leistung oder dem Führen von motorisierten Fahrzeugen hergestellt werden;
3. es darf nicht der Eindruck der Förderung des sozialen und sexuellen Erfolgs durch Alkoholgenuss geweckt werden;
4. es darf keine therapeutische, stimulierende, beruhigende oder konfliktlösende Wirkung von Alkohol suggeriert werden;
5. unmäßiger Alkoholgenuss darf nicht gefördert sowie Enthaltsamkeit oder Mäßigung nicht negativ dargestellt werden;
6. die Höhe des Alkoholgehalts von Getränken darf nicht als positive Eigenschaft hervorgehoben werden.

§ 7. Werbung, die sich an Minderjährige richtet, muß deren besondere Sensibilität berücksichtigen, darf deren Interessen nicht beeinträchtigen und ihnen keinen Schaden zufügen.

Sie unterliegt aus Schutzgründen folgenden Kriterien:

1. sie soll die Minderjährigen nicht direkt auffordern, bestimmte Erzeugnisse oder Dienstleistungen zu erwerben, indem sie ihre Unerfahrenheit und Leichtgläubigkeit ausnutzt;
2. sie soll die Minderjährigen nicht direkt auffordern, ihre Eltern oder Drittpersonen zum Erwerb bestimmter Erzeugnisse oder Dienstleistungen zu bewegen;
3. sie soll nicht das besondere Vertrauen ausnutzen, daß Minderjährige zu Eltern, Lehrern und anderen Vertrauenspersonen haben;
4. sie soll Minderjährige nicht ohne berechtigten Grund in gefährlichen Situationen zeigen.

§ 8. Gesponsorte Programme müssen folgenden Anforderungen genügen:

1. Inhalt und Programmplatz einer gesponsorten Sendung dürfen vom Sponsor auf keinen Fall in der Weise beeinflußt werden, daß die Verantwortung und die redaktionelle Unabhängigkeit des Zentrums in bezug auf die Sendungen angelastet werden.
2. Sie sind als Sponsorprogramme durch den Namen und/oder das Firmenemblem des Sponsors am Programmangfang und/oder Programmende eindeutig zu kennzeichnen.
3. Sie dürfen nicht zum Kauf oder zur Anmietung von Erzeugnissen oder zu Inansprachnahme von Dienstleistungen des Sponsors oder eines Dritten, insbesondere durch spezifische verkaufsfördernde Hinweise auf diese Erzeugnisse oder Dienstleistungen anregen.

Die Sendungen dürfen nicht von natürlichen oder juristischen Personen gesponsort werden, deren wesentliche Tätigkeit die Herstellung oder der Verkauf von Erzeugnissen oder die Einbringung von Dienstleistungen ist, für die die Werbung gemäß § 5 verboten ist.

Nachrichtensendungen und Sendungen zur politischen Information dürfen nicht gesponsort werden.

§ 9. Die Sendezeit für Werbung darf weder 15 % der täglichen Sendezeit noch 20 % innerhalb einer Stunde überschreiten.

Die Regierung legt die Höchstdauer eines Werbeblocks sowie die maximale Anzahl Werbeblöcke pro Stunde und Tag fest.

§ 10. Die in den vorhergehenden Paragraphen angeführten Bestimmungen gelten auch für die in Artikel 6 angeführten Handelsgesellschaften, an denen das Zentrum eine Kapitalbeteiligung hat.

Art. 3 - Artikel 4 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 4. Das Zentrum darf Rundfunk- und Fernsehprogramme anhand anderer Systeme als der terrestrischen Ausstrahlung verbreiten."

Art. 4 - Artikel 5 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

"Artikel 5. Das Zentrum kann im In- und Ausland mit anderen öffentlichen Einrichtungen zusammenarbeiten oder sich an der Schaffung von Vereinigungen ohne Gewinnerzielungszweck beteiligen, insofern deren Zielsetzung mit den Aufgaben des Zentrums vereinbar ist und zu deren Erfüllung beiträgt."

Art. 5 - Artikel 6 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 6. Das Zentrum kann Zusammenarbeitsabkommen mit Handelsgesellschaften abschließen, deren Aktivitäten zur Erfüllung der Aufgaben des Zentrums beitragen."

Diese Zusammenarbeit kann die Form einer Kapitalbeteiligung annehmen."

Art. 6 - In Artikel 8 § 1 Absatz 1 und 2 desselben Dekretes wird die Zahl "9" durch die Zahl "7" ersetzt.

Art. 7 - Im Artikel 8 § 1 Absatz 3 desselben Dekretes wird die Wortfolge "in Artikel 170 Absatz 1 und 2 des Wahlgesetzbuches" durch die Wortfolge "in Artikel 172 Absätze 1 und 2 des Wahlgesetzbuches" ersetzt.

Art. 8 - Artikel 8 § 2 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"§ 2. Die Mitglieder des Rates werden für die Dauer einer Legislaturperiode des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählt. Das Mandat ist erneuerbar."

Die Wahl der Mitglieder des Rates erfolgt spätestens auf der dritten Sitzung nach der Einsetzung des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Bis zu diesem Zeitpunkt bleiben die für die vorherige Legislaturperiode gewählten Mitglieder im Amt."

Art. 9 - Artikel 9 § 2 Absatz 1 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Die Eigenschaft als Mitglied des Rates ist nicht vereinbar mit der als Mitglied der Abgeordnetenkammer, des Senats, des Wallonischen Regionalrates, des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, des Europäischen Parlaments, des Provinzialrates, Mitglied der Föderalregierung, der Régierung der Wallonischen Region oder der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Provinzgouverneur, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Provinzialrates, Bezirkskommissar oder Personalmitglied des Zentrums."

Art. 10 - Artikel 10 Absatz 2 desselben Dekretes wird aufgehoben.

Art. 11 - In Artikel 11 § 1 desselben Dekretes wird die Zahl "fünf" durch die Zahl "vier" ersetzt.

Art. 12 - Artikel 13 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 13. Die im Zentrum vertretenen anerkannten Gewerkschaftsorganisationen bestimmen jeweils ein Personalmitglied, das mit beratender Stimme an dem Teil der Sitzung des Verwaltungsrates teilnimmt, in dem Beschlüsse bezüglich der allgemeinen Politik der Sendungen, ihrer Ausführungsmöglichkeiten und des Programmplans behandelt werden."

Art. 13 - In Artikel 14 desselben Dekretes wird in den ersten beiden Sätzen die Wortfolge "in Absprache mit dem Direktor" durch "nach Rücksprache mit dem Direktor", ersetzt.

Art. 14 - In Artikel 15 desselben Dekretes werden die Wörter "dem Ständigen Ausschuß" aufgehoben.

Art. 15 - Die Artikel 17 bis 26 desselben Dekretes werden aufgehoben.

Art. 16 - Die Artikel 27 bis 29 desselben Dekretes werden durch folgende Bestimmungen ersetzt:

"Artikel 27. Die Dienststellen des Zentrums werden unter der Aufsicht des Rates von einem Direktor geleitet. Der Direktor wird vom Rat für eine Dauer von 10 Jahren ernannt, die Wiederernennung ist möglich.

Artikel 28. Der Direktor nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Rates teil.

Artikel 29. Der Direktor ist mit der Ausführung der Beschlüsse des Rates beauftragt.

Er vertritt das Zentrum bei gerichtlichen und außergerichtlichen Handlungen."

Art. 17 - Artikel 30 desselben Dekretes wird aufgehoben.

Art. 18 - Artikel 31 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 31. Bei äußerster Dringlichkeit übt der Direktor die Befugnisse des Rates im Rahmen der in der Geschäftsordnung festgelegten Bedingungen aus."

Art. 19 - Artikel 32 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 32. Der Rat sorgt für die Meinungsfreiheit der verschiedenen ideologischen und philosophischen Tendenzen."

Art. 20 - Artikel 33 wird aufgehoben.

Art. 21 - Artikel 34 § 1 Nr. 5, abgeändert durch das Dekret vom 19. Februar 1990, und Nr. 6 desselben Dekretes werden durch folgende Bestimmung ersetzt:

"5. den Einnahmen aus Werbung;

6. den aufgrund der in Artikel 6 angeführten Zusammenarbeitsabkommen entstehenden Einnahmen."

Art. 22 - Artikel 35 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 35. Der Rat setzt einen Jahresbericht über seine Tätigkeiten während des abgelaufenen Haushaltjahres auf, der spätestens am 1. Juni von der Regierung beim Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hinterlegt wird. Diesem Bericht wird eine betriebswirtschaftliche Analyse aufgrund einer analytischen Buchhaltung beigefügt, deren Modalitäten durch die Regierung festgelegt werden."

Art. 23 - Die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates des Belgischen Rundfunk- und Fernsehzentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft erfolgt für die Legislaturperiode des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die am 21. Mai 1995 begonnen hat, spätestens in der ersten Sitzung des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach der Verabschiedung des vorliegenden Dekretes.

Art. 24 - Im gesamten Text desselben Dekretes wird die Bezeichnung "Exekutive" durch "Regierung" ersetzt.

Art. 25 - Vorliegendes Dekret tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.

Eupen, den 16. Oktober 1995.

J. MARAITE,

Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales.

W. SCHRÖDER,

Minister für Unterricht, Kultur, Wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften.

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 96 - 935

[S - C - 33026]

16 OCTOBRE 1995. — Décret modifiant le décret du 27 juin 1986
relatif au Centre belge pour la radiodiffusion-télévision de la Communauté germanophone (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. Un article 1^{erbis}, libellé comme suit, est inséré dans le décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la radiodiffusion-télévision de la Communauté germanophone :

"Article 1^{erbis}. § 1^{er}. Les obligations auxquelles le Centre doit satisfaire pour remplir sa mission sont consignées dans un contrat de gestion que le Centre négocie et conclut avec le Gouvernement de la Communauté germanophone.

Ce contrat contient également des données relatives aux moyens mis à la disposition du Centre par la Communauté germanophone.

§ 2. Le contrat de gestion est approuvé à l'unanimité par le Conseil d'administration. Si l'unanimité n'est pas recueillie lors du premier vote, la décision est prise à la majorité des voix lors d'une nouvelle réunion qui a lieu après 30 jours au moins.

§ 3. Le contrat de gestion est adopté par arrêté du Gouvernement et entre en vigueur à la date qui y est fixée.

§ 4. Le contrat de gestion est conclu pour la durée d'une législature. L'exécution du contrat est examinée annuellement et adaptée selon les nécessités. Les critères contenus dans le contrat sont appliqués lors de l'examen annuel. Pour l'adaptation, il est fait application des dispositions des §§ 2 et 3 de cet article."

Art. 2. L'article 3 du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la radiodiffusion-télévision de la Communauté germanophone est remplacé par la disposition suivante :

"Article 3. § 1^{er}. Le Centre peut diffuser de la publicité.

§ 2. La publicité doit pouvoir être identifiée comme telle et se distinguer clairement des autres programmes grâce à des moyens optiques et/ou acoustiques.

La publicité clandestine ainsi que l'utilisation de techniques publicitaires subliminales sont interdites.

§ 3. La publicité doit être insérée entre les émissions. Aux conditions reprises dans ce paragraphe, la publicité peut aussi être diffusée au cours des émissions, pour autant que les droits des ayants droit ne soient pas enfreints et qu'elle ne porte pas préjudice à la cohésion et à la valeur des émissions. Il faudra tenir compte des interruptions naturelles, de la longueur et de la nature du programme.

Lors d'émissions composées d'entités autonomes ou lors d'émissions sportives et d'émissions relatant des événements structurés de façon comparable et des spectacles avec pauses, la publicité ne peut être diffusée qu'entre les entités autonomes ou durant les pauses.

La diffusion d'œuvres audiovisuelles telles que des films cinématographiques et téléfilms peut être interrompue une fois toutes les 45 minutes, pour autant que la durée de programmation soit supérieure à 45 minutes. Une autre interruption est admise, si la durée de programmation dépasse de 20 minutes au moins deux ou plusieurs périodes pleines de 45 minutes.

Si d'autres émissions que celles visées au § 2 sont interrompues par des publicités, il doit s'écouler un laps de temps d'au moins 20 minutes entre les deux interruptions successives de l'émission.

Les informations, les magazines d'actualité, les films documentaires, les émissions religieuses et les programmes pour enfants ainsi que la diffusion d'offices religieux ne peuvent être interrompus par la publicité.

§ 4. La publicité ne peut porter atteinte à la dignité humaine.

Elle ne peut contenir aucune discrimination quant à la race, le sexe, la nationalité.

Elle ne peut blesser des convictions religieuses ou politiques.

Elle ne peut promouvoir aucun comportement susceptible de nuire à la santé et à la sécurité.

Elle ne peut promouvoir aucun comportement susceptible de nuire à la protection de l'environnement.

§ 5. Toute forme de publicité pour des cigarettes et d'autres produits dérivés du tabac ainsi que pour des médicaments qui ne sont délivrés que sous prescription médicale, est interdite.

§ 6. La publicité pour les boissons alcoolisées est soumise aux critères suivants :

1° Elle ne peut s'adresser spécialement aux mineurs d'âge ni présenter des mineurs consommant de l'alcool;

2° Elle ne peut établir une relation quelconque entre la consommation d'alcool et l'amélioration de la prestation physique ou la conduite de véhicules à moteur;

3° Elle ne peut présenter la consommation d'alcool comme contribuant au succès social et sexuel;

4° Elle ne peut suggérer, que l'alcool a un effet thérapeutique, stimulant, tranquillisant ou résolve les conflits;

5° Elle ne peut promouvoir une consommation excessive d'alcool; la sobriété ou la tempérance ne peuvent pas être présentées de manière négative;

6° La teneur en alcool des boissons ne peut être mise en évidence comme une propriété positive.

§ 7. La publicité qui s'adresse aux mineurs doit tenir compte de leur sensibilité particulière, ne peut porter préjudice à leurs intérêts et ne peut leur nuire.

Elle est soumise, pour des raisons de protection, aux critères suivants :

1° Elle n'invitera pas les mineurs de manière directe à acquérir certains produits ou services en profitant de leur inexérience et de leur naïveté;

2° Elle n'invitera pas les mineurs de manière directe à pousser leurs parents ou une tierce personne à acquérir certains produits et services;

3° Elle ne mettra pas à profit la confiance particulière que témoignent les mineurs envers des parents, des enseignants et d'autres personnes de confiance;

(1) Session 1995-1996. ~

Documents du Conseil. — Proposition de décret : 22 (1995) n° 1. — Proposition(s) d'amendement : 22 (1995-1996) n° 2-7. — Rapport : 22 (1995-1996) n° 8.

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 16 octobre 1995.

4° Elle ne présentera pas, sans raison fondée, des mineurs dans des situations dangereuses.

§ 8. Les programmes sponsorisés doivent satisfaire aux exigences suivantes :

1° Le contenu et le créneau horaire d'une émission sponsorisée ne peuvent en aucun cas être influencés de telle manière par le sponsor qu'il soit porté atteinte à la responsabilité et à l'indépendance rédactionnelle du Centre quant aux émissions;

2° Ils sont clairement identifiés comme programmes sponsorisés au moyen du nom et/ou de la marque de fabrique du sponsor au début et/ou à la fin du programme;

3° Ils ne peuvent inciter à acheter ou à louer des produits ou à recourir à des services du sponsor ou d'une tierce personne, en particulier en mettant en évidence des renseignements spécifiques relatifs à ces produits ou services et favorisant la vente.

Les émissions ne peuvent être sponsorisées par des personnes physiques ou juridiques dont l'occupation principale consiste à fabriquer ou vendre des produits ou à offrir des services pour lesquels la publicité est interdite conformément au § 5.

Les informations et émissions politiques ne peuvent être sponsorisées.

§ 9. Le temps d'émission publicitaire ne peut pas dépasser 15 % de la durée journalière d'émission ni 20 % en une heure.

Le Gouvernement fixe la durée maximale des "blocs publicitaires" ainsi que leur nombre maximal par heure et par jour.

§ 10. Les dispositions visées dans les paragraphes précédents sont également valables pour les sociétés commerciales visées à l'article 6 dans le capital desquelles le Centre a une participation."

Art. 3. L'article 4 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

"Article 4. Le Centre peut émettre des programmes de radio et de télévision par d'autres systèmes que la diffusion terrestre."

Art. 4. L'article 5 du même décret est remplacé par les dispositions suivantes :

"Article 5. Le Centre peut collaborer avec d'autres institutions publiques implantées à l'intérieur du pays et à l'étranger ou prendre part à la création d'associations sans but lucratif, pour autant que leur objet social soit compatible avec les missions du Centre et contribue à leur réalisation."

Art. 5. L'article 6 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

"Article 6. Le Centre peut conclure des accords de coopération avec des sociétés commerciales dont les activités contribuent à la réalisation de ses missions.

Cette coopération peut prendre la forme d'une participation en capital."

Art. 6. A l'article 8, § 1^o, alinéas 1 et 2 du même décret, le chiffre "9" est remplacé par le chiffre "7".

Art. 7. A l'article 8, § 1, alinéa 3, du même décret, le passage "à l'article 170, alinéas 1 et 2 du Code électoral" est remplacé par "à l'article 172, alinéas 1 et 2 du Code électoral".

Art. 8. L'article 8, § 2, du même décret est remplacé par la disposition suivante :

"§ 2. Les membres du Conseil sont élus pour la durée d'une législature du Conseil de la Communauté germanophone. Le mandat est renouvelable.

L'élection des membres du Conseil a lieu au plus tard lors de la troisième réunion qui suit le renouvellement du Conseil de la Communauté germanophone. Jusqu'à cette date, les membres élus pour la législature précédente restent en fonction."

Art. 9. L'article 9, § 2, alinéa 1, du même décret est remplacé par le libellé suivant :

"La qualité de membre du Conseil est incompatible avec celle de membre de la Chambre des Représentants, du Sénat, du Conseil régional wallon, du Conseil de la Communauté germanophone, du Parlement européen, du Conseil provincial, de membre du Gouvernement fédéral, du Gouvernement de la Région Wallonne ou de la Communauté germanophone, de Gouverneur de la Province, de membre de la Députation permanente du Conseil provincial, de Commissaire d'Arrondissement ou de membre du personnel du Centre."

Art. 10. L'article 10, alinéa 2, du même décret est abrogé.

Art. 11. A l'article 11, § 1^o, du même décret, le chiffre "cinq" est remplacé par le chiffre "quatre".

Art. 12. L'article 13 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

"Article 13. Les organisations syndicales reconnues, représentées dans le Centre, désignent chacune un membre du personnel qui participe avec voix consultative à la partie de la réunion du Conseil d'administration pendant laquelle sont traitées des décisions relatives à la politique générale des émissions, leurs modalités d'exécution et le plan des programmes.

Art. 13. A l'article 14 du même décret, dans les deux premières phrases, le passage "en accord avec le directeur" est remplacé par "après entretien avec le directeur".

Art. 14. A l'article 15 du même décret, les termes "au Comité permanent" sont supprimés.

Art. 15. Les articles 17 à 26 du même décret sont abrogés.

Art. 16. Les articles 27 à 29 du même décret sont remplacés par les dispositions suivantes :

"Article 27. Les services du Centre sont dirigés, sous l'autorité du Conseil, par un directeur.

Le directeur est nommé par le Conseil pour une durée de 10 ans; la nomination est renouvelable.

Article 28. Le directeur participe avec voix consultative aux réunions du Conseil.

Article 29. Le directeur est chargé d'exécuter les décisions du Conseil.

Il représente le Centre dans les actes judiciaires et extrajudiciaires."

Art. 17. L'article 30 du même décret est abrogé.

Art. 18. L'article 31 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

"Article 31. En cas d'extrême urgence, le directeur exerce les attributions du conseil dans le cadre des conditions fixées dans le règlement d'ordre intérieur."

Art. 19. L'article 32 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

"Article 32. Le conseil veille à la liberté d'expression des diverses tendances idéologiques et philosophiques."

Art. 20. L'article 33 est abrogé.

Art. 21. L'article 34, § 1^o, 5^o, modifié par le décret du 19 février 1990, et 6^o du même décret, sont remplacés par la disposition suivante :

"5^o les recettes provenant de publicité;

6^o les recettes résultant des accords de coopération visés à l'article 6."

Art. 22. L'article 35 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

"Article 35. Le conseil établit un rapport annuel de ses activités durant l'exercice budgétaire écoulé, qui est soumis au plus tard le 1^{er} juin par le Gouvernement auprès du Conseil de la Communauté germanophone. Ce rapport est accompagné d'une analyse d'exploitation réalisée sur la base d'une comptabilité analytique et dont les modalités sont fixées par le Gouvernement."

Art. 23. Pour la législature du Conseil de la Communauté germanophone qui a débuté le 21 mai 1995, l'élection des membres du Conseil d'administration du Centre de radiodiffusion-télévision de la Communauté germanophone a lieu au plus tard lors de la première séance du Conseil de la Communauté germanophone suivant l'adoption du présent décret.

Art. 24. Dans l'ensemble du texte du même décret la dénomination "Exécutif" est remplacée par "Gouvernement".

Art. 25. Le présent décret entre en vigueur le jour de son adoption.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 16 octobre 1995.

J. MARAITE,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,

Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées,
du Sport et du Tourisme.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales.

W. SCHRÖDER,

Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 96 — 935

[S — C — 33026]

16 OKTOBER 1995. — Decreet tot wijziging van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch radio- en televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekraftigen hetgeen volgt :

Artikel 1. Een artikel 1bis dat luidt als volgt wordt ingevoegd in het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap :

"Artikel 1bis. § 1. De verplichtingen waaraan het centrum moet voldoen om zijn taak te vervullen, worden in een beheersverdrag vastgesteld dat het Centrum met de Regering van de Duitstalige Gemeenschap onderhandelt en sluit.

Dit verdrag omvat ook gegevens betreffende middelen die door de Duitstalige Gemeenschap ter beschikking van het Centrum gesteld worden.

§ 2. Het beheersverdrag wordt eenstemmig door de raad van beheer goedgekeurd. Wordt bij de eerste stembeurt de eengelijkheid der stemmen niet bereikt, dan kan de beslissing op een volgende vergadering die ten minste 30 dagen na de eerste stembeurt plaatsvindt, met de meerderheid worden genomen.

§ 3. Het beheersverdrag wordt door besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap aangenomen en treedt in werking op een erbij vastgelegde datum.

§ 4. Het beheersverdrag wordt voor de duur van een zittingsperiode gesloten. Een advies wordt jaarlijks uitgebracht over de uitvoering van het verdrag die eventueel aan de behoeften wordt aangepast. Voor het jaarlijkse advies gelden de criteria die in het vertrag vastgelegd zijn. Voor een aanpassing gelden de bestemmingen van §§ 2 en 3 van dit artikel."

Art. 2. Artikel 3 van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap wordt door volgende bestemming vervangen :

"Artikel 3. § 1. Het centrum mag publiciteit uitzenden.

§ 2. De publiciteit moet als zodanig kunnen worden erkend en zich door optische en/of akoestische middelen klaar van de andere programmadelen onderscheiden.

Sluikreclame alsmede het gebruik van subliminale publicitaire technieken zijn verboden.

§ 3. De publiciteit moet tussen de uitzendingen ingevoegd worden. Onder de in die paragraaf vermelde voorwaarden mag de publiciteit ook tijdens de uitzendingen ingevoegd worden, indien zij de rechten van de rechthebbenden niet tegengaat noch de samenhang en de waarde van de uitzendingen aantast. Daarbij moet rekening worden gehouden met de natuurlijke programmaonderbrekingen, de lengte en de aard van het programma.

Voor de uitzendingen die uit autonome delen bestaan of voor sportuitzendingen en uitzendingen betreffende gebeurtenissen en vertoningen met pauzen die op dezelfde wijze gestructureerd zijn, mag de publiciteit slechts tussen autonome delen of gedurende de pauzen uitgezonden worden.

De uitzending van audiovisuele werken als bioscoopfilms en televisiefilms mag per volle tijdruimte van 45 minuten éénmaal onderbroken worden, indien de geprogrammeerde zendtijd meer als 45 minuten bedraagt. Een verdere onderbreking is toelaatbaar, indien de geprogrammeerde zendtijd twee of meer volle tijdruimten van 45 minuten met ten minste 20 minuten overschrijdt.

(1) Zitting 1995-1996.

Bescheiden van de Raad. — Voorstel van decreet : 22 (1995) nr. 1. — Voorstel tot wijziging : 22 (1995-1996) nrs. 2-7. — Verslag : 22 (1995-1996) nr. 8.

Integraal verslag. — Besprekking en aanname. Vergadering van 16 oktober 1995.

Worden andere als de in § 2 vermelde uitzendingen door publiciteit onderbroken, dan moet een tussentijd van ten minste 20 minuten bestaan tussen de twee opeenvolgende onderbrekingen.

Nieuws, magazines over de actualiteit, documentaires, religieuze uitzendingen en kinderprogramma's, alsmede de uitzending van kerkdiensten mogen niet door publiciteit worden onderbroken.

§ 4. De publiciteit mag de menselijke waardigheid niet schaden.

Ze mag geen ras-, seks- of nationaliteitsdiscriminatie bevatten.

Ze mag de religieuze en politieke overtuigingen niet schenden.

Ze mag geen gedrag bevorderen dat de gezondheid en de veiligheid in gevaar kan brengen.

Ze mag geen gedrag bevorderen dat de bescherming van het leefmilieu in gevaar kan brengen.

§ 5. Elke vorm van publiciteit voor sigaretten of rookwaren alsmede voor medicamenten die slechts met dokters voorschrijft worden verkregen, is verboden.

§ 6. De publiciteit voor alcoholische dranken moet aan de volgende criteria voldoen :

1° Ze mag niet speciaal voor minderjarigen bedoeld zijn noch minderjarigen voorstellen die alcohol genieten;

2° Ze mag in geen geval het genot van alcoholische dranken met een verbetering van de fysieke prestatie of van het besturen van auto's in verband brengen;

3° Ze mag de indruk niet wekken dat het genot van alcoholische dranken het sociaal en het geslachtelijk succes bevordert;

4° Ze mag niet suggereren dat alcohol een therapeutisch, stimulerend, geruststellende effect heeft of tot de oplossing van conflicten bijdraagt;

5° Ze mag een buitengewoon genot van alcoholische dranken niet bevorderen; soberheid of matigheid mogen niet negatief voorgesteld worden;

6° De alcoholinhoud van de dranken mag niet als positieve eigenschap aangetoond worden.

§ 7. De publiciteit die voor minderjarigen bedoeld is, moet rekening houden met hun bijzondere sensibiliteit, hun belangen niet aantasten en hen niet schaden.

Om beschermingsredenen wordt ze aan volgende criteria onderworpen :

1° Ze mag de minderjarigen niet direct aanmanen tot de aanschaffing van bepaalde producten of diensten door voordeel te trekken van hun onervarenheid en onbevangerheid;

2° Ze mag de minderjarigen er niet direct toe aanmanen, hun ouders of een derde tot de aanschaffing van bepaalde producten en diensten aan te zetten;

3° Ze mag niet voordeel trekken van het bijzonder vertrouwen dat de minderjarigen tegenover ouders, leraars of andere vertrouwenspersonen hebben;

4° Zonder gegrondte reden mag ze minderjarigen niet in gevaarlijke situaties aantonen.

§ 8. Gesponsorde programma's moeten aan de volgende vereisten voldoen :

1° Inhoud en zenduur van een gesponsorde uitzending mogen in geen geval door de sponsor zo beïnvloed worden dat de verantwoordelijkheid en de redactionele onafhankelijkheid van het Centrum met betrekking tot de uitzendingen aangestast worden.

2° Ze moeten als gesponsorde programma's duidelijk gekenmerkt worden door middel van de naam en/of handelsmerk van de sponsor aan programmabegin en/of -einde.

3° Ze moeten niet tot koop of huur van producten of tot gebruikmaking van diensten aangeboden door de sponsor of een derde aanmanen, inzonderheid door specifieke inlichtingen naar voren te brengen die deze producten of diensten betreffen en de verkoop bevorderen.

De uitzendingen mogen niet van natuurlijke of rechtspersonen gesponsord worden wier voornaamste werkzaamheid erin bestaat producten te fabriceren of te verkopen of diensten aan te bieden waarvoor de publiciteit overeenkomstig § 5 verboden is.

Nieuws en politieke uitzendingen mogen niet gesponsord worden.

§ 9. De zendtijd voor de publiciteit mag noch 15 % van de dagelijkse zendtijd noch 20 % in één uur overschrijden.

De Regering legt de maximale duur van een reclameblok alsmede het hoogste aantal reclameblokken per uur en per dag vast.

§ 10. De in de vorige paragrafen vermelde bepalingen gelden ook voor de in artikel 6 bedoelde handelsvennootschappen waarin het Centrum een deelneming in het kapitaal heeft.

Art. 3. Artikel 4 van hetzelfde decreet wordt door volgende bepaling vervangen :

"Artikel 4. Het centrum mag radio- en televisieprogramma's door andere systemen als de aardse uitzending uitzenden."

Art. 4. Artikel 5 van hetzelfde decreet wordt door volgende bepaling vervangen :

"Artikel 5. Het centrum kan in binnen- of buitenland met andere openbare inrichtingen samenwerken of aan de stichting van verenigingen zonder winstoogmerk deelnemen voor zover hun doel met de taken van het Centrum verenigbaar is en tot de vervulling ervan bijdraagt."

Art. 5. Artikel 6 van hetzelfde decreet wordt door volgende bepaling vervangen :

"Artikel 6. Het Centrum kan samenwerkingsakkoorden sluiten met handelsvennootschappen waarvan de activiteiten tot de vervulling van de taken van het Centrum bijdragen.

Die samenwerking kan de vorm van een deelneming in het kapitaal aannemen."

Art. 6. In artikel 8, § 1, lid 1 en 2 van hetzelfde decreet wordt het cijfer "9" door "7" vervangen.

Art. 7. In artikel 8, § 1, lid 3 van hetzelfde decreet worden de woorden "in artikel 170, lid 1 en 2 van het Kieswetboek" door de woorden "in artikel 172 lid 1 en 2 van het Kieswetboek" vervangen.

Art. 8. Artikel 8, § 2 van hetzelfde decreet wordt door volgende bepaling vervangen :

"§ 2. De leden van de Raad worden voor de duur van een zittingsperiode van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap gekozen. Het mandaat is hernieuwbaar.

De verkiezing van de leden van de Raad gebeurt ten laatste bij de derde zitting na de vernieuwing van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap. Tot die datum blijven de leden in ambt die voor de vorige zittingsperiode gekozen werden."

Art. 9. Artikel 9, § 2, lid 1 van hetzelfde decreet luidt als volgt :

"De hoedanigheid van lid van de Raad is onverenigbaar met die van volksvertegenwoordiger, senator, lid van de Waalse Gewestraad, lid van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap, van het Europees Parlement of van de Provincieraad, lid van de federale Regering, van de Regering van het Waalse Gewest of van de Duitstalige Gemeenschap, provinciegouverneur, lid van de Bestendige Deputatie van de Provincieraad, arrondisementscommissaris of personeelslid van het Centrum."

Art. 10. Artikel 10, lid 2 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 11. In artikel 11, § 1 van hetzelfde decreet wordt het cijfer "vijf" door "vier" vervangen.

Art. 12. Artikel 13 van hetzelfde decreet wordt door volgende bepaling vervangen :

"Artikel 13. Elke van de in het Centrum vertegenwoordigde erkende vakbonden wijst een personeelslid aan dat het deel van de zitting van de Raad van beheer met raadgevende stem bijwoont, waarin beslissingen betreffende de algemene politiek van de uitzendingen, haar uitoefningsmodaliteiten en het programmaplan behandeld worden."

Art. 13. In de twee eerste zinnen van artikel 14 van hetzelfde decreet wordt de passus "in afspraak met de directeur" door de passus "na overleg met de directeur" vervangen.

Art. 14. In artikel 15 van hetzelfde decreet worden de woorden "de Vaste Commissie" geschrapt.

Art. 15. De artikels 17 tot 26 van hetzelfde decreet worden opgeheven.

Art. 16. De artikels 27 tot 29 van hetzelfde decreet worden door volgende bepalingen vervangen :

"Artikel 27. De diensten van het Centrum worden onder het toezicht van de Raad door een directeur geleid.

De directeur wordt door de Raad voor een duur van 10 jaar benoemd; zijn benoeming is hernieuwbaar.

Artikel 28. De directeur neemt met beratende stem deel aan de zittingen van de Raad.

Artikel 29. De directeur is belast met de uitvoering van de beslissingen van de Raad.

Hij vertegenwoordigt het Centrum in gerechtelijke en buitengerechtelijke handelingen."

Art. 17. Artikel 30 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 18. Artikel 31 van hetzelfde decreet wordt door volgende bepaling vervangen :

"Artikel 31. In spoedgevallen oefent de directeur de bevoegdheden van de Raad uit in het kader van de in het huishoudelijk reglement vastgelegde voorwaarden."

Art. 19. Artikel 32 van hetzelfde decreet wordt door volgende bepaling vervangen :

"Artikel 32. De raad zorgt voor de vrijheid van meningsuiting van de verschillende ideologische en filosofische strekkingen."

Art. 20. Artikel 33 wordt opgeheven.

Art. 21. Artikel 34, § 1, 5°, gewijzigd bij het decreet van 19 februari 1990, en 6° van dit decreet worden door volgende bepaling vervangen :

"5° de ontvangsten voortvloeiend uit de publiciteit;

6° de ontvangsten voortvloeiend uit de in artikel 6 bedoelde samenwerkingsakkoorden."

Art. 22. Artikel 35 van dit decreet wordt door volgende bepaling vervangen :

"Artikel 35. De Raad stelt een jaarverslag over zijn werkzaamheden gedurende het voorbije begrotingsjaar op, dat uiterlijk op 1 juni door de Regering bij de Raad van de Duitstalige Gemeenschap ingediend wordt. Dit verslag wordt een op basis van een analytische boekhouding opgestelde bedrijfsanalyse bijgevoegd, waarvan de modaliteiten door de Regering vastgelegd worden."

Art. 23. Voor de zittingsperiode van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap die op 21 mei 1995 begonnen heeft, worden de leden van de Raad van beheer van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap uiterlijk bij de eerste zitting van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap volgend op de aanneming van dit decreet gekozen.

Art. 24. In de hele tekst van hetzelfde decreet wordt de benaming "Executieve" door "Regering" vervangen.

Art. 25. Dit decreet treedt in werking op de dag waarop het wordt aangenomen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Gegeven te Eupen op 16 oktober 1995.

J. MARAITE,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden.

W. SCHRÖDER,

Minister van Onderwijs, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen.

D 96 — 936

15. MÄRZ 1995 — Erlaß der Regierung zur Einsetzung eines Pädagogischen Arbeitskreises für den Bereich der Sexualerziehung

[33029]

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1993 und 30. Dezember 1993;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 22. Februar 1995;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 7. Februar 1995;